

# Das Bürgergeld – Der Frontalangriff gegen den Sozialstaat

---

english translation / Übersetzung des Artikels:

<http://www.initiative-gm.de/The-citizens-income--Buergergeld--the-frontal-attack-against-the-social-welfare-state.pdf>

## Momentaufnahme

In den laufenden Diskussionen stehen bedingungsloses Grundeinkommen und solidarisches Bürgergeld derzeit vor neuen Meinungsfindungen. Während das einkommensteuerfinanzierte Denkmodell Althaus momentan noch auf eine für den Herbst 2009 angekündigte endgültige Bewertung durch das private Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut HWWI wartet, verlief unterdessen am 17.02.2009 eine ePetition für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens recht erfolgreich. Die annähernd 53.000 Mitzeichner nahmen mit der Petition jedoch erst nach einer Verlängerung der Zeichnungsfrist die Hürde. Die Petition wünscht eine Konsumsteuerfinanzierung und wird jetzt den Petitionsausschuss beschäftigen.

Einer der Hauptgründe die in den letzten Jahren zur breiten Diskussion der unterschiedlichsten Modelle führte, dürften die nicht akzeptierten Verwerfungen der Hartz IV Gesetze mit sich gebracht haben. Die Gängelung der Hartz IV Betroffenen, die Prozesslawinen um kleinste Eurobeträge und die Angst der Beschäftigten in diesen Bereich abzurutschen, eröffnete neue Wege.

## Die Modellvarianten

Beiden Modellen gemein ist die suggerierte Vermittlung einer existenzsichernden Bezugsgröße einheitlich festgelegter Eurobeträge, die ohne Prüfung einer Bedürftigkeit jedem gewährt werden soll. In beiden Fällen sollen im Einklang mit der Einführung einer sogenannten Grundsicherung alle bestehenden sozialen Transferleistungen abgeschafft werden. Staatliche Sicherungssysteme wie die gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherung sollen damit komplett privatisiert, sowie Wohngeld, Elterngeld u. a. abgeschafft werden. Für eine höher gewünschte Eigenvorsorge mit allen Risiken steht dann letztlich jeder für sich selbst gerade.

## Die Petition der durch Konsum finanzierten Variante

Susanne Wiest als Hauptpetent begründet ihre Initiative mit privaten Erfahrungen. Videobotschaften bei Youtube und anderen Portalen unterstützen dabei ihre Aktivitäten. Sie fordert einen bedingungslosen Transfer von ca. 1500€ für jeden Erwachsenen und 1000€ für jedes Kind, finanziert durch eine „hohe Konsumsteuer“. Gleichzeitig wünscht sie die Abschaffung aller „bestehenden Transferleistungen, Subventionen und Steuern“. Die Petition lässt Berechnungen zur Finanzierbarkeit außen vor und berücksichtigt auch keinerlei Ansätze zu erforderlichen Kranken- und Sozialversicherungen. Fehlende Zahlen machen daher eine Bewertung einer wirklichen Existenzsicherung nur schwer möglich. Die betroffenen Ministerien sollen nach Einrichtung des Petitionsausschuss eine Stellungnahme abgeben. Die Diskussion zur Umsatzsteuerfinanzierung fand bisher nur relativ wenig Anklang und ist bei weitem nicht soweit vorgedrungen wie das durch die Einkommensteuer finanzierte Modell der Union. Die Petition an sich wird künftig aber sicherlich medienwirksam durch unterschiedlichste Interessenvertreter genutzt werden.

## **Das „Solidarische Bürgergeld“**

Thüringens derzeitiger Ministerpräsident Althaus (CDU) geht seit längerer Zeit mit einem durch die Einkommensteuer finanzierten Modell, dem so genannten „Solidarisches Bürgergeld“ an die Öffentlichkeit. Das Modell bietet für jeden ein jedoch einkommensabhängig zweistufiges Konstrukt eines Grundeinkommens an. Erwachsene sollen bedingungslos bei monatlichen Einkünften bis 1600€ ein Bürgergeld in Höhe von 600€ erhalten, bei Einkünften mit mehr als 1600€ sollen noch 200€ Anspruch bestehen. Kinder unter 18 Jahren ohne eigene Einkünfte sollen 300€ erhalten. In allen Fällen soll eine Art Bezugsrecht für die Teilhabe an einer garantierten minimalen privaten Kranken- und Pflegeversicherung im Wert von 200€ geschaffen werden. Eine Lohnfortzahlung bei Krankheit soll entfallen. Die Finanzierung des Bürgergelds soll durch ein zweistufiges Steuermodell ermöglicht werden. Der geplante Eingangssteuersatz liegt für Einkünfte bis 1600€ bei 50%. Bei Einkünften über 1600€ soll nur noch ein Spitzensteuersatz von 25% greifen. Der Slogan der CDU „Leistung soll sich lohnen“ bekommt damit einen ganz anderen Stellenwert. Auch in diesem Modell entfallen beinahe alle sozialen Errungenschaften.

## **Was bleibt**

Unter dem Strich bleibt den Betroffenen der unteren bis mittleren Einkommensgruppen nur auf den ersten Blick mehr übrig, denn in allen Varianten greift die neue Eigenverantwortung tiefer in den Geldbeutel als gedacht und von den Befürwortern gern vermittelt wird. Die geplante Abschaffung der Arbeitslosen- und Rentenversicherung, sowie der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall lässt die Betroffenen mit der neuen Eigenverantwortung künftig dem privaten Versicherungsmarkt allein gegenüber stehen. Nicht nur neue Ausgrenzungen wie im Fall der bereits privatisierten Berufsunfähigkeitsversicherung sind zu befürchten. Der höheren Belastung der dann rein privat finanzierten Absicherung in allen Bereichen wird gerade durch den Wegfall der Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen nur ungebührlich Rechnung getragen, übersteigt sie doch in Summe ohne Probleme den bisherigen Eigenanteil zu den Sozialversicherungen. Die hierzu nicht nur von Teilen der CDU propagierte Position, Gewerkschaften könnten bei entfallen der Lohnnebenkosten höhere Lohnforderungen durchsetzen, um damit die anstehenden Zusatzkosten der Arbeitnehmer in den sozialen Absicherungen der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherungen zu kompensieren, ist rückblickend auf die historische Entwicklung der Realeinkommen auch eher im illusorischen Bereich zu sehen.

Die Nennung des tatsächlichen Steuersatz von 50% im Bereich der Einkommen bis 1600€ entpuppte sich schnell als kontraproduktiv. Man schwenkte daher auf die wesentlich freundlicher zu vermittelnde Formulierung, dem sogenannten Negativsteuerprinzip für Einkünfte bis 1600 Euro um. So wird bewusst die harte Wahrheit umgangen, dass die gering bis mittel Verdienenden die Steuersenkungen für die oberen Einkommensschichten zu tragen haben. Bei einem Einkommen von beispielsweise 250.000€ bewirkt das „Solidarische Bürgergeld“ gegenüber der derzeitigen Regelung einen satten Steuervorteil von etwa 37.800€. Die Einkommen im Durchschnittsbereich hätten jedoch neben einer Steuererhöhung und unter Berücksichtigung privater Vorsorgebedürfnisse unter dem Strich Verluste von einigen tausend Euro zu tragen. Je geringer das eigene Einkommen ausfällt, desto unrealistischer wird es aber sein, die Partizipation an der sozialen Absicherung zu halten.

## **Die Verflechtung der Interessen**

Nicht nur die Politik arbeitet an dieser Sache. Bestrebungen neoliberaler Ökonomen und unterschiedlicher Arbeitgeberverbände, den „ganzen Sozialstaat samt seiner Klientel auf einen

Schlag loszuwerden“,<sup>1</sup> sind seit Gründung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft - INSM kein Geheimnis mehr.

Daher überrascht es auch nicht, dass sich derzeit für die Beschaffung fehlender Zahlen einer Machbarkeitsstudie besonders die Botschafter der INSM mit allen Kräften einsetzen. Mit der Umsetzung des Bürgergeldes könnten damit doch einige Punkte zugleich umgesetzt werden.

- Schaffung eines Billionenmarktes durch Privatisierung aller Sozialversicherungen
- Die Abschaffung der Lohnnebenkosten würde die Gewinne steigern
- Ein flächendeckender Mindestlohn könnte verhindert werden
- Der Ausbau und die Verfestigung eines Niedriglohnssektors wird erreicht

Prof. Dr. Thomas Straubhaar tritt als Berater der INSM<sup>2</sup> auf und ist zugleich Direktor des privaten Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI). Das HWWI betreibt eine „Zweigniederlassung Thüringen“ in Erfurt und organisiert den Brückenschlag zwischen Thüringens Ministerpräsidenten Althaus und der INSM. Das private Institut hat hierzu eine »wissenschaftliche« Studie mit dem Titel »Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte« vorgelegt, die die Machbarkeit des Bürgergeldes begründen soll. Für den Herbst 2009 soll eine abschließende Beurteilung zur Finanzierbarkeit durch das private HWWI erfolgen. Ungeklärt ist, ob das Trio erst die Bundestagswahl abwarten möchte, oder das Papier bereits vor dem Wahltermin vorlegen wird.

## Der Frontalangriff

Nicht nur in dem bereits benannten, sondern auch in weiteren Papieren von Straubhaar geht es klar zur Sache und belegt damit eindeutig, wohin der Weg führen soll:<sup>3</sup>

„Ebenso werden alle sozialpolitisch motivierten Regulierungen des Arbeitsmarktes gestrichen. Im Klartext: Es gibt keinen Schutz gegen Kündigungen mehr, dafür aber betrieblich zu vereinbarenden Abfindungsregeln. Es gibt keinen Flächentarifvertrag mehr und auch keine Mindestlöhne, sondern von Betrieb zu Betrieb frei verhandelbare Löhne. Es gibt keine Sozialklauseln mehr. Die heute zu leistenden Abgaben an die Sozialversicherungen entfallen ersatzlos.“ So führt Straubhaar weiter aus „Aber nicht Mindestlöhne oder Mindestpreise sind gefragt. Festzulegen sind eine Mindestsicherung für alle und allgemeingültige Mindeststandards - nicht mehr, aber auch nicht weniger.“ und „Im Gegenzug werden nahezu alle steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen abgeschafft. Gesetzliche Renten-, Arbeitslosen- oder Pflegeversicherung verschwinden genauso wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohn- und Kindergeld.“

## Die Büchse der Pandora?

Dass sich die bisherigen innerdeutschen Lohnentwicklungen auf die europäischen Märkte auswirken, besagte schon der Titel „Die deutsche Lohnpolitik sprengt die Europäische Währungsunion“ von Flassbeck/Spiecker.<sup>4</sup> Die Auswirkungen durch den geplanten Wegfall bisheriger Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen wären daher gravierend.

Nun soll wie von Union, INSM und HWWI prognostiziert, zusätzlich ein verstärkter Anreiz zur Aufnahme jeder Arbeit zu jedem Preis durch das Bürgergeld erfolgen. Das geht aber nur, wenn das Solidarische Bürgergeld seine Existenzsicherung nicht erfüllt. Und tatsächlich, so ist das Solidarische Bürgergeld alles andere als solidarisch, denn es liegt deutlich unter der von der EU

festgelegten Armutsgrenze.<sup>5</sup> Vielmehr ist durch die zielgerichtete Aushöhlung des Sozialstaates weiterer Druck auf alle Beteiligten zu erwarten. Der Niedriglohnsektor im unteren einstelligen Stundenlohnbereich wird weiter ausgebaut werden. Althaus spricht hier von 1,17 Millionen neuen Arbeitsplätzen. Somit kann auch der Mindestlohn durch das gewährte bedingungslose Grundeinkommen verhindert werden, gibt es doch guten Gewissens den Zuschlag durch das Bürgergeld. Der Druck auf unsere europäischen Nachbarn und deren Lösungen mit existenten Mindestlöhnen würde dann nicht lange auf sich warten lassen.

## Zukunft

Wie sich die Grundsicherung in den benannten Modellen an inflationären Tendenzen orientieren soll und künftig erforderliche Anpassungen der Bezugsgrößen von den jeweils politischen Machtverhältnissen abhängig sind, ging bisher mehr oder weniger vollends unter. Die sich dann anzunehmend verschiebenden Grenzen der Steuersätze würden bei den unteren Einkommensgruppen unterstellend erneut auf Plünderung gehen, während die oberen Schichten davon nicht betroffen wären. Wie sehr sich aber eine verzögerte Anpassung der Beträge auf die Betroffenen auswirken kann, sieht man derzeit bestens an den Transferleistungen von Hartz IV. Jahrelange Debatten über das ob und wie, lassen die wirklich Bedürftigen weiter im Regen stehen.

Bisher sind in der politischen Landschaft die gut versteckten Ziele und Verstrickungen kaum öffentlichkeitswirksam und eindeutig angeprangert worden. Doch gerade im jetzt aufkommenden Wahlkampf lassen diese Punkte neue Aktionen zu. Es ist aber auch zu befürchten, dass in Anbetracht der Krise und den zu erwartenden neuen Defiziten in den Sozialversicherungen die Debatte bei den Befürwortern des Bürgergelds wieder mehr an Aktualität gewinnen wird. Mögliche Alternativen und Teile aus den Bereichen Mindestlohn, Beitragsbemessungsgrenzen, Bürgerversicherung, Erweiterung des Versichertenkreises usw. sollten in der Debatte heute aber ihre Stärke zeigen können. Auch kann die Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung vor allem mit der heute praktizierten Kurzarbeit bestens in den Vordergrund gestellt und begründet werden. Der erforderliche Gegenpol zum anvisierten Kahlschlag in den sozialen Sicherungssystemen sollte nur klar genug gesetzt werden.

---

<sup>1</sup>Prof. Dr. Christoph Butterwegge: Das Parlament, Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ Nr.51 2007, 17.12.2007 <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/51-52/Beilage/004.html>

<sup>2</sup> www.insm.de

<sup>3</sup> aus HWWI-Update, 05/2006, S. 1-3

"Grundeinkommen: Nachhaltigkeit für den Sozialstaat Deutschland"

<sup>4</sup>siehe z.B. Flassbeck/Spieker, »Die deutsche Lohnpolitik sprengt die Europäische Währungsunion«, in: WSI-Mitteilungen 12/2005

<sup>5</sup> Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr.028 vom 21.01.2008 „LEBEN IN EUROPA 2006“ Stand für 2005: Armutsgefährdung bei weniger als 60% des durchschnittlichen nationalen Arbeitnehmereinkommen = 781€ monatlich. Als arm gilt, wer weniger als 50% hat = 650€